

Am 20. November wird die UN-Konvention über die Rechte des Kindes volljährig. Seit 1989 besitzen alle Kinder das Recht auf Überleben, auf Entwicklung, Schutz und Beteiligung. Doch obwohl außer den USA

Internationaler Tag der Kinderrechte

und Somalia alle Staaten der Erde die Kinderrechtskonvention ratifiziert haben, spielt sie in der Realität

vielfach keine Rolle. Noch immer gehen Millionen von Kindern weltweit nicht zur Schule, werden in die Prostitution gezwungen, als Kindersoldaten missbraucht oder als billige Arbeitskräfte ausgebeutet.

Löchriger Schutz

Fast alle Staaten der Welt haben die Kinderrechts-Konvention akzeptiert – aber viele von ihnen nur in der Theorie

Von Petra Steinberger

Weit sind wir gekommen, seit Charles Dickens in seinen Sozialromanen das Schicksal viktorianischer Kinder beschrieb. Wie sie ausgenutzt und geprügelt wurden, wie sie in Waisenhäusern verkümmerten, an Hunger starben und an Krankheiten, die vor allem dem Elend zu verdanken waren. Weit sind wir gekommen, werden zumindest die Wohlstandseltern sagen, während ihre Kinder die Vorweihnachtszeit mit einem in antiquierten Brautönen gehaltenen Fernseh-„Oliver Twist“ verbringen. Kinder in Not oder Bedrängnis – da denkt man hierzulande allenfalls an soziale Randgruppen. Und natürlich an die sogenannten Entwicklungsländer, aber dort geht es ja nicht nur den Kindern schlecht. Aber ist es nicht insgesamt viel besser geworden als damals?

Am 20. November wird das „Übereinkommen über die Rechte des Kindes“, die Kinderrechtskonvention, 18 Jahre alt, seit 1989 ist dies der „Weltkinder-tag“, seither besitzen alle Kinder verbrieft Rechte – auf Überleben, auf Entwicklung, Schutz und Beteiligung. Doch weil wir längst nicht so weit gekommen sind, wie wir es gerne wären, hat Unicef zu diesem Anlass Statistiken vorgelegt, die „Oliver Twist“ recht aktuell aussehen lassen: Fast 100 Millionen Kinder im Grundschulalter gehen immer noch nicht in die Schule. Weltweit werden 1,2 Millionen Kinder in die Prostitution gezwungen, werden 1,5 Millionen Mädchen an ihren Geschlechtsorganen beschnitten – jedes Jahr. Eine Viertel Million Kinder sind Soldaten, in regulären Armeen, in Milizen oder Guerillatruppen. Nur 16 Staaten haben bisher ein Recht auf gewaltfreie Erziehung auch in der Familie festgeschrieben. Und allein in den OECD-Ländern sterben nach einer Untersuchung von UNICEF jedes Jahr 3500 Kinder an den Folgen von Misshandlungen und Vernachlässigung. In Deutschland lebt jedes siebte Kind in Armut.

Babies werden totgeschlagen, weil sie zu laut geweint haben. In Guatemala werden Kinder an westliche Adoptiveltern verkauft. In Südasien werden junge Mädchen mit Säure übergossen. In Zentralafrika werden Kinder der Hexerei beschuldigt und aus dem Haus geprügelt, weil die Eltern sie nicht mehr ernähren können. In China werden Kinder entführt und zur Arbeit in Fabriken gezwungen. In ganz Asien werden Mädchen abgetrieben, weil sie Mädchen sind.

Dabei haben bis auf zwei – nämlich Somalia und die Vereinigten Staaten von Amerika – alle Staaten der Erde die Kin-



Das Leben ist kein Spiel: Kinder haben Rechte, aber wie diese zwei Jungen in Bangladesch, wissen sie oft nichts davon.

Foto: G.M.B. Akash

derrechtskonvention ratifiziert. Damit ist sie die am meisten akzeptierte UN-Konvention weltweit. Wenigstens in der Theorie. Doch in der Realität setzen viele Staaten die Konvention nur unzureichend um; weil sie kein Interesse daran haben, da Menschenrechte allgemein nicht besonders viel zählen; weil sie zu schwach sind, sich durchzusetzen, oder weil ihre Gesellschaften so traditionell sind, dass sie vieles – wie die Verheiratung von Minderjährigen oder die Ausbildung von Mädchen – nur schwer oder gar nicht akzeptieren; oder weil sie, wie beispielsweise Deutschland, in Konflikt zu einer konkreten Ausländer- und Asylpolitik geraten, die dazu führt, dass bei-

spielsweise Flüchtlingskinder bei der medizinischen Versorgung und der Ausbildung schlechtergestellt sind.

Ganz zahnlos ist die Konvention allerdings nicht. „Wenn beispielsweise Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds anstehen, wenn es um Geld geht, dann kann auf einmal sehr viel geschehen“, sagt der Pädagoge und Soziologe Lothar Krappmann, der für Deutschland im 13-köpfigen UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes sitzt. Wer von den internationalen Organisationen, den Geberstaaten, etwas will, muss auch etwas für sie tun. Immerhin ist die Konvention das erste rechtlich verbindliche Instrument zur Durchsetzung

sämtlicher wirtschaftlicher, kultureller, politischer, sozialer Menschenrechte – im Gegensatz zur Menschenrechtserklärung selbst.

Manchen jedoch geht die Konvention zu weit. Die USA etwa fürchten ein „positives Recht“ von Kindern auf staatliche Unterstützung, wenn das Recht auf Bildung oder medizinische Versorgung so explizit festgestellt wird. Und rechtskonservative oder evangelikale Amerikaner sehen in Teilen der Konvention – so dem Recht des Kindes, gehört zu werden oder eine Privatsphäre zu besitzen – den Versuch eines „elitären“ Übergreifens auf das Recht der Eltern, ihre Kinder in ihrem eigenen Sinn und nach ihren eigenen

Wertvorstellungen zu erziehen. Diese Furcht vor jedem Eingriff von außen wird bisher von der amerikanischen Regierung geteilt (wie auch von vielen Konservativen weltweit). Jedoch haben auch die Amerikaner die Zusatzprotokolle zu Kindersoldaten und Kinderpornographie unterzeichnet.

Charles Dickens, der große Sozialkritiker, schrieb damals, es schmerze ihn, dass Kinder gezwungen seien, schon so früh das harte Leben kennenzulernen. Denn so „müssen sie unsere Schmerzen ertragen, lange ehe sie auch unsere Freude teilen können“. Etwas weiter ist man durch die Kinderrechtskonvention immerhin gekommen.

Die Freiheit der Unfreien

Mit ihren Gesichtern und ihrer Wut kämpfen die Säureopfer in Bangladesch gegen die Täter – und auch gegen ein System, das solche Verbrechen lange toleriert hat

Von Karin Steinberger

Nie wird Hasina Akter begreifen, warum sie an jenem Tag so lange vor dem Spiegel stand. Es ist so gar nicht ihre Art, dieses kokette, mädchenhafte Getue. Aber an diesem 23. Januar 2004 konnte sie nicht genug von sich bekommen, sah ihr Kindergesicht immer wieder an, schmal und fein. Es war das letzte Mal.

Am 24. Januar hatte sie kein Gesicht mehr, nur noch eine Wunde, von Säure zerfressen. Mehr blieb nicht übrig, nachdem sich der Mann, den sie Onkel nannte, an ihr gerächt hatte. Für ihre Aufmüpfigkeit, ihren Stolz. 16 Jahre war sie alt, noch ein Kind, er 36. Solange sie denken kann, war er bei ihnen im Dorf Sotto

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (USPS Nr. 0541550) is published daily except Sunday and holidays by Süddeutsche Zeitung GmbH. Subscription price for USA is \$ 590 per annum. K.O.P.: German Language Pub. 152 S Dean St, Englewood, NJ 07631. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631 and additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, GLF, P.O.Box 9859, Englewood, NJ 07631.

Bandhi, in dieser Nacht schüttete er Battersäure über ihr Gesicht, dann verschwand er. Und sie blieb da mit dem Wunsch, zu sterben. Monatlang lag sie im Krankenhaus in der Hauptstadt Dhaka, Hautlappen wurden hierhin und dorthin gezogen, Flüssigkeiten wurden abgetupft, die Nase neu geformt, die Augen mühsam geöffnet. Als sie nach Monaten in ihr Dorf zurückging, schrien ihr die Menschen nach. „Es ist besser wenn du stirbst.“ Es war wie ein zweiter Anschlag.

Doch dann kam sie dorthin, wo die Säureopfer in Bangladesch alle irgendwann hinkommen. Zu Monira Rahman in die „Acid Survivors Foundation“. Als Hasina Akter die anderen Mädchen sah, ihre Kraft spürte und ihre Wut, fing sie wieder an zu leben. Seitdem kämpft sie an der Seite der Gründerin der Säureopferstiftung. Sie zeigt ihr Gesicht voller Stolz, erzählt ihre Geschichte, auch jetzt in Deutschland am Internationalen Tag der



„Jetzt sehen sie, ich lebe“: Monira Rahman (l.) und Hasina Akter. Foto: Unicef

Kinderrechte. Stellvertretend für alle.

Sie haben viel erreicht. Die Opferzahlen gehen seit 2002 zurück, die Gesetze wurden verschärft, die Säure ist schwerer zu bekommen, Ärzte waschen die Wunden aus, bevor sie Bananenblätter drauflegen. Doch noch immer wird an jedem zweiten Tag in Bangladesch ein Mensch mit Säure überschüttet. Noch heute gibt es Geschichten wie die des kleinen Jungen, dem Onkel und Tante Säure einflößten, um den Erben zu beseitigen. Sie fütterten das Baby, bis der Mund weggeschmolz. Für ein bisschen Land.

Monira Rahman und ihre Mädchen aber kämpfen weiter für die Rechte dieser Kinder, sie erweitern ihr Netzwerk, bilden Polizisten aus, rennen an gegen den Starrsinn der Gesellschaft, in der noch immer viele glauben, dass früher alles besser war und Mädchen nichts wert sind. „Das Gesetz ist gut, aber die Anwendung ist das Problem“, sagt Monira Rah-

man. Drei Jahre lang war Hasina Akters Peiniger auf der Flucht. Es gab Aussagen, es gab Zeugen, es gab Beweise, aber gefasst wurde er nicht, bis sie ein Interview gab, in dem sie fragte, warum. 24 Stunden später hatten sie ihn. Es war der 9. März 2007. „Ein Freitag“, sagt Hasina Akter, lacht. Nie wird sie den Tag vergessen.

Erst glaubte sie es nicht, dann fuhr sie heim, um den zu sehen, der Schuld war daran, dass sie auf den Straßen angepöbelte wurde und man sie von Hochzeiten jagte, weil sie ihr Gesicht nicht verdeckte. Als sei sie der Täter, nicht das Opfer. Alle dachten, ihr Leben sei vorbei, doch wenn sie heute in ihr Dorf kommt, empfängt man sie wie eine Heldin, fragt sie um Rat. Hasina Akter, die unabhängig ist und gebildet, die Geld verdient und arbeitet. So ganz anders als die anderen Mädchen in Sotto Bandhi. Hasina Akter, der ein Mann am 24. Januar 2004 das Leben zerstörte, sagt: „Ich bin frei, er nicht.“

Außenansicht

Der Nachbar ist zurück

Polen hat nun wieder eine Regierung, die welttoffen ist – sie wird um Verbündete werben, statt immer nur Nein zu sagen

Von Andrzej Byrt

Der Weg zur Normalisierung bedeutet, dass in Zukunft der Kampf um die Stimmen der Wähler hauptsächlich auf folgenden Feldern geführt werden wird: Gesundheitsreform, Sozialversicherungen, Schulwesen, Steuersystem, Staatshaushalt und -ausgaben, sozialer Wohnungsbau, Modernisierung des Straßen- und Schienennetzes. Doch werden Felder wie die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit oder die Geschichtspolitik nach wie vor eine Rolle spielen. Was aber bedeuten die Wahlen für die Beziehungen Polens zu seinen Nachbarn?

Es wird Priorität auch der nun Regierenden bleiben, einen angemessenen Platz für die neuen EU-Mitglieder zu erreichen, wobei sie indes auch bereit sind, konstruktive Verantwortung für die wei-

tere europäische Integration zu übernehmen. Die europäische Verfassung ist glücklicherweise in Polen nicht mehr Gegenstand innenpolitischen Streits. Letztlich hat die Vernunft gesiegt, und es bleibt zu hoffen, dass sie die neue Regierung auch bei künftigen Verhandlungen innerhalb der EU leiten wird. Im Dialog mit den EU-Partnern wird die neue Regierung gemeinsame Ziele suchen, die es erleichtern werden, Kompromisse bei möglichen Interessengegensätzen zu finden, auch was die Beziehungen zu Ländern außerhalb der EU betrifft, wie beispielsweise Russland. Der neue Premierminister Donald Tusk hat seine außenpolitischen Prioritäten definiert: Die Verbesserung der in den vergangenen beiden Jahren beschädigten Beziehungen zu den Nachbarn Deutschland und Russland, die Beendigung unseres militäri-

schen Engagements im Irak, die Suche nach einem Modus Vivendi mit den USA in der Frage eines Raketenschildes, die Vorbereitungen zur Einführung des Euro, die Vorbereitung der ersten polnischen EU-Präsidentschaft im Jahr 2011 sowie der Fußball-Europameisterschaft, die im darauf folgenden Jahr in Polen und der Ukraine stattfindet. Vor allem aber eine aktive Rolle Polens in der EU, nicht als Land, das Initiativen blockiert, sondern konstruktiv eingestellt ist, das an einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik interessiert ist. Überdies die Stärkung der transatlantischen Partnerschaft, eine konstruktive Ostpolitik, eine gemeinsame europäische Energie- und Agrarpolitik.

An allererster Stelle wird also die EU stehen. Überaus wichtig bleiben überdies unsere Beziehungen zu den USA, allerdings nicht in Opposition zur EU, aber doch als souveräne Kontakte, so wie es ja auch andere Mitgliedstaaten handhaben. In enger Zusammenarbeit mit Brüssel möchte Polen die zuletzt entstandenen Konflikte mit Russland lösen. Dazu gehören das Embargo für polnische Agrarprodukte, die Energieversorgung, aber auch der Jugendaustausch sowie der Dialog unter Historikern, die sich mit unseren unterschiedlichen Sichtweisen auf die gemeinsame Geschichte befassen sollten.

Die neue Regierung wird zweifellos auch den deutsch-polnischen Beziehun-

gen eine neue Dynamik geben wollen, die in den vergangenen beiden Jahren von Spannungen geprägt waren, wiewohl diese keineswegs nur auf die nun abgetretene Regierung zurückzuführen sind. Den Streit um die Stimmengewichtung innerhalb der EU, der bei der Debatte um die europäische Verfassung ausgebrochen ist, haben wir nun schon hinter uns. Aber es gibt andere Fragen, in denen wir unterschiedliche Positionen innerhalb der EU vertreten. Polen wird diese in Zukunft lösen wollen, indem es die Mechanismen innerhalb der EU nutzt, indem es versucht, Verbündete für seine Position zu gewinnen – und nur als äußerstes Mittel ein Veto einlegt.

Wir müssen zum Gespräch zurückkehren: bei Fragen wie der Verbindung der Gasversorgungsnetze Deutschlands und Polens, um den Konflikt um das Projekt



Andrzej Byrt war fast zehn Jahre lang polnischer Botschafter in Deutschland, bis er im Juli 2006 von Premier Jaroslaw Kaczynski abberufen wurde. Übersetzung: Thomas Urban. Foto: dpa

Aktuelles Lexikon

Taser

Die Bilder sorgen für Aufregung. Auf dem Flughafen in Vancouver gedrehten Video, das im Internet zu sehen ist, wirft ein offenbar verwirrter Mann einen Tisch um, dann einen Computer. Polizisten nähern sich dem Polen, reden auf ihn ein. Schließlich schießen sie mit einem sogenannten Taser. Kurze Zeit später ist er tot. Der im Oktober aufgenommene und nun veröffentlichte Film hat eine Debatte über den Einsatz der Elektroschockpistolen wiederbelebt. „Wunderwaffe oder Teufelswerk?“ fragte eine Fachzeitschrift einst – Kritiker und Befürworter streiten heftig über diese Frage. Taser ist eine eingetragene Marke der gleichnamigen Firma mit Sitz in Scottsdale im US-Bundesstaat Arizona. Auch andere Anbieter stellen die Waffe her. Aus den Tassern werden kleine Projektilen in das Fleisch des Opfers geschossen. Je nach Bauart jagen Stromstöße mit einer Spannung von bis zu 50 000 Volt durch die mit dem Taser verbundenen Drähte. Krampfhaft ziehen sich die Muskeln des Getroffenen zusammen. Sein sensorisches und motorisches Nervensystem soll dadurch kurz gelähmt werden. Die Firma Taser bestreitet vehement, dass der Einsatz der Waffe die Todesursache in Vancouver gewesen sein könnte. Kritiker wie die Menschenrechtsorganisation Amnesty International argumentieren hingegen, dass der Einsatz von Elektroschockpistolen seit 2001 bereits zu mehr als 150 Todesfällen geführt habe. tomas

Eine Frage des Willens

Die Gefahren für Kinder in Europa

Mieke Schuurman ist Generalsekretärin des Kindernetzwerks EURONET, einem Zusammenschluss von Kinderrechtsorganisationen, die sich als Kinder-Lobby verstehen und in EU-Institutionen für deren Rechte kämpfen.

SZ: Was sind die drängenden Probleme in Sachen Kinderrechte in Europa?

Schuurman: Eines der Hauptprobleme ist die legale Basis. Von Anfang an sind wir an dieser Hürde gescheitert, wir kommen nur bis an einen bestimmten Punkt. Letztlich ist es eine Frage des politischen Willens. Ist der vorhanden, geht alles.

SZ: Ist der politische Wille denn da?

Schuurman: Vor einem halben Jahr hätte ich gesagt ja. Momentan bin ich skeptisch. 2006 hat die Europäische Kommission ein Strategiepapier zu den Kinderrechten erarbeitet, ein gutes Papier. Es sollte der erste Schritt sein, im Juni fand in Berlin ein Forum statt. Alles positiv. Seitdem ist nichts mehr passiert. Funktionelle. Wir müssen weitermachen, es müsste eine Art Weißbuch verfasst werden, als Basis. Probleme gibt es genug: Gewalt gegen Kinder zum Beispiel. Nicht in allen Mitgliedsländern ist sie verboten. Einige finden, dass sich der Staat in familiäre Dinge nicht einmischen sollte.

SZ: Viele glauben, Kinderrechtsverletzungen sind ein Dritte-Welt-Problem.

Schuurman: Aber sie sind auch ein Erste-Welt-Problem. Es gibt massenhafte Probleme in der EU: Gewalt, Kinderhandel, Diskriminierung, Gesundheit, TV-Werbung, Kuscheltiere. Es ist schon lange bekannt, dass PVC für Kinder gefährlich ist, trotzdem hat es empörend lange gedauert, bis die EU entschieden hat, dass PVC nicht mehr erlaubt ist in soft toys. Und dann natürlich Armut. Mehr als 60 Prozent der EU-Kinder leben unter der Armutsgrenze.

Interview: Karin Steinberger

Korrekturen

□ Im Bericht über eine EU-Studie zu Online-Flugtickets stand am 14. 11., Air Berlin sei laut *El País* von spanischen Prüfern kritisiert worden. Tatsächlich beanstandeten sie Air Berlin nicht.



Es ist geschafft. Nach zwei Jahren voller heftiger Aufregungen um die Führung in Warschau hat Polen nun eine neue Regierung. Sie ist das Ergebnis der Parlamentswahlen vom 21. Oktober, die vom jungen Polen entschieden wurden, dem gebildeten und städtischen. Ganz klar siegte die in der rechten Mitte anzusiedelnde Bürgerplattform von Donald Tusk mit 42 Prozent der Stimmen. Sie bildet nun mit der Bauernpartei, die neun Prozent erreicht hat, eine Koalitionsregierung.

Somit ist nach zwei Jahren die Herrschaft von „Recht und Gerechtigkeit“ vorbei, einer Partei, deren Sprache und Reaktionen auch dazu geführt haben, dass viele unserer ausländischen Partner aufgehört haben, uns zu verstehen. In vielen Fällen griff diese Partei auf Erklärungsmuster zurück, die uns als längst überholt erschienen. Die meisten Wähler waren von der Qualität ihrer Politik angewidert. Sie haben sich für die Bürgerplattform entschieden, weil sie ihnen versprochen hat, dass sie in einem demokratischen Polen leben würden, das nach Europa und zur Welt offen ist, das einen rationalen Dialog mit den Nachbarn führt, das effektiv die Korruption bekämpft, dabei aber Sicherheit und die Durchsetzung des Rechtes garantiert. Gleichzeitig hat die Bürgerplattform ihnen die Hoffnung vermittelt, sie könnten selbst entscheiden, auf welche Weise sie zu Wohlstand gelangen können.

SZdigital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München Eine Dienstleistung des SZ-Archivs

steinberger

SZ20071119S9847